

Gemeinderat macht einen Fehler wett

Reinach. Einwohner mussten zu lange Feuerwehersatzabgabe zahlen

BaZ 29.8.2007

ROLF ZENKLUSEN

Reinach wirft 774 000 Franken auf, um die Panne mit der Feuerwehersatzabgabe zu beheben. Wer zu lange bezahlt hat, kriegt das Geld definitiv zurück. Der Nachtragskredit war im Einwohnerrat wenig umstritten.

Für die Rückerstattung von Feuerwehersatzabgaben hat der Einwohnerrat von Reinach 774 000 Franken bewilligt. Der Nachtragskredit wurde nötig wegen eines formellen Fehlers: Zwischen 1995 und 2006 hatte die Gemeinde bei einem Teil der Bevölkerung die Abgabe ein oder zwei Jahre über das reglementarisch festgelegte Datum hinaus einkassiert. Das Reglement war nie dem Regierungsrat zur Genehmigung vorgelegt worden.

PANNE. Mit der nächsten Steuerrechnung sollen nun den Betroffenen die zu hohen Beträge zurückerstattet werden; dafür gibt die Gemeinde 750 000 Franken aus. Die Personalkosten für die Rückerstattungen schlagen mit zusätzlichen 24 000 Franken zu Buche. Einen entsprechenden Nachtragskredit bewilligte der Rat einstimmig. Zuvor hatte Gemeindepräsident Urs Hintermann (SP) erneut betont, das Geld sei we-

der abgezockt noch zweckentfremdet worden. «Es ist eine Panne passiert. Wir stehen zu diesem Fehler.» Um die Sache noch im laufenden Jahr zu regeln, habe der Gemeinderat einen Nachtragskredit beantragt, anstatt den Betrag ins nächste Budget einzustellen.

Primo Müller (SVP) sagte im Namen der Geschäftsprüfungskommission, Schulduzuweisungen seien fehl am Platz. Niemand habe grobfahrlässig gehandelt.

1000 FRANKEN. Die Idee, statt einer Rückerstattung den Betrag an wohltätige Institutionen zu spenden, hat der Gemeinderat verworfen. Von den Personen, die zu Unrecht bezahlt haben, würde dies wohl nicht verstanden, argumentierte Hintermann. Die Rückerstattung soll mit verhältnismässigem Aufwand erfolgen. Einwohner, deren aktuelle Adresse nicht bekannt ist, will die Gemeinde nicht aktiv suchen. Die Rückerstattung beträgt höchstens 1000 Franken pro Person.

Verabschiedet hat der Einwohnerrat zudem eine Revision des kommunalen Abfallreglements. Die vorbereitende Spezialkommission hatte vorgeschlagen, die ursprüngliche

Version des Gemeinderates etwas abzuändern: Über die Einführung einer Grundgebühr sollte der Einwohnerrat entscheiden können – und nicht alleine der Gemeinderat. Weder der zuständige Gemeinderat Hans-Ulrich Zumbühl (FDP) noch die Fraktionssprecher hatten dagegen etwas einzuwenden.

Gemeinderat investiert ins Schwimmbad

ERLEBNISBAD. Einwohnerrätin Esther Hörmann (SP) fordert in einem Postulat, die Attraktivität des Reinacher Schwimmbads müsse gesteigert werden. Damit rennt Esther Hörmann beim Gemeinderat allerdings offene Türen ein, wie Franz Hartmann (SVP) erklärte. «Wir nehmen das Problem ernst und werden etwas tun.» Das bereits angekündigte Konzept für den Umbau in ein Erlebnisbad sei aufgegleist, sagte Gemeinderat Hartmann. Ende Jahr bringe der Gemeinderat Vorschläge für eine Sanierung inklusive einer Kostenrechnung. Vielleicht gebe es schon nächstes Jahr neue Angebote wie zum Beispiel ein Frühschwimmen. zen